

## I. Vorlage

- zur Beschlussfassung  
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1							
2							
3							

**Betreff**  
**Appell wegen „Aufstockern“**

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen  
 -1-

### **Beschlussvorschlag**

Der Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke wird abgelehnt, da er die den Gemeinden durch Art. 57 GO gesetzten rechtlichen Schranken überschreitet, ein bloßer Appell an die Arbeitgeber sinnlos ist und das Problem des ergänzenden SGB-II-Bezugs bei Erwerbstätigkeit nur durch eine gesetzliche Regelung zu ausreichenden Löhnen gelöst werden kann.

### **Sachverhalt**

Mit Schreiben an Herrn Oberbürgermeister Dr. Jung vom 03.09.2008 beantragte die Stadtratsgruppe Die Linke einen Beschluss durch den Stadtrat, dass die Stadt Fürth mit gesellschaftlich relevanten Gruppen - wie u.a. den Kirchen, Gewerkschaften, IHK etc. – Gespräche führen soll, um gegenüber Arbeitgebern, deren Arbeitnehmer auf Leistungen nach dem SGB II trotz Arbeit angewiesen sind, moralischen Druck auszuüben, damit die Arbeitnehmer nicht mehr auf Aufstockung durch die öffentliche Hand angewiesen sind. Der Antrag wurde von Herrn Oberbürgermeister Dr. Jung zur Behandlung in die nächste Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 24.10.2008 verwiesen.

Mit Stellungnahme vom 10.10.2008 erklärte Ref. III, dass der Antrag rechtlich unzulässig ist. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass die Aufgaben einer Gemeinde in den Art. 57 (Aufgaben des eigenen Wirkungskreises) und Art. 58 (Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises) aufgezählt sind. Demzufolge überschreitet eine Gemeinde dann die ihr gesetzten rechtlichen Schranken, wenn sie zu allgemeinen, überörtlichen oder hochpolitischen Fragen, die ihr Gebiet nicht berühren, Resolutionen fasst oder für oder gegen eine bestimmte Politik Stellung nimmt, die sie nicht als einzelne Gemeinde betrifft, sondern die Allgemeinheit berührt (vgl. Wittmann/Grasser, Kommentar zur Bayerischen GO, Randziffer 7 zu Art. 57). Die von den LINKEN gewünschte Fragestellung muss bundesgesetzlich geregelt werden, dafür ist die Gemeinde nicht zuständig. Im Übrigen ist es nicht Aufgabe der Gemeinde, auf Teilnehmer des Wirtschaftslebens nützlich einzuwirken. Der Ausdruck „moralischer Druck“ begegnet daher ebenfalls erheblichen rechtlichen Bedenken.

Trotz des in der Fortschreibung des Armutsberichtes für das Jahr 2007 dargelegten Anstiegs des ergänzenden Leistungsbezugs nach dem SGB II bei Erwerbstätigkeit in der Stadt Fürth von 624 sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Beschäftigten Mitte 2006 auf 763 sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Beschäftigte Mitte 2007, die einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenanteil von 1,8 % (2006 noch 1,5 %) entsprachen und bei denen zu niedrige Löhne als Ursache für den ergänzenden SGB-II-Bezug angenommen werden können, hält die Verwaltung einen bloßen Appell zu ausreichenden Löhnen an die Arbeitsgeber für sinnlos, da das Problem des ergänzenden SGB-II-Bezugs bei Erwerbstätigkeit nur durch eine gesetzliche Regelung gelöst werden kann.

Als Vorsitzender des Stadtrates und Leiter der Verwaltung hatte Oberbürgermeister Dr. Jung im Übrigen bereits im August 2006 einen Appell zu ausreichenden Löhnen abgegeben, als er sich in Schreiben an die Fürther Bundestagsabgeordneten und an den Bundesarbeitsminister für die Einführung von Mindestlöhnen aussprach und die bundespolitisch Verantwortlichen zur Umsetzung aufforderte.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> Ja
Gesamtkosten €		€	
Veranschlagung im Haushalt			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	bei Hst.	Budget-Nr. im <input type="checkbox"/> Vvhh <input type="checkbox"/> Vmhh
Wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:	<input type="checkbox"/> RA	<input type="checkbox"/> RpA	<input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. POA/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref.IV/SzA

Fürth, 13.10.2008

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in: Herr Dr. Roth	Tel.: 974-1045
-------------------------------------	-------------------